



**FORDERUNGEN
AN DIE NÄCHSTE
BUNDES-
REGIERUNG 2024**
Kurzfassung



[WIEN.ARBEITERKAMMER.AT](https://www.wien.arbeiterkammer.at)



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

IMPRESSUM

Medieninhaberin: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien,
Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien, Telefon: (01) 501 65 1
Offenlegung gem. § 25 MedienG: siehe wien.arbeiterkammer.at/impressum

Titelbild: ©Mohammed Hassan - Unsplash

© 2024: AK Wien

Stand August 2024

Wir wissen, wie's geht.

Die Arbeiterkammer ist die größte Interessenvertretung in Österreich, eine der vier tragenden Säulen der Sozialpartnerschaft und eine überparteiliche Institution – und dabei immer parteiisch zum Wohl unserer fast vier Millionen Mitglieder. Für die vielen großen Herausforderungen, vor denen unser Land steht, haben wir Lösungen im Sinne der Vielen – weil wir tagtäglich im Kontakt mit unseren Mitgliedern stehen und wissen, was sie brauchen:

Die Arbeitswelt braucht einen Modernisierungsschub, mit neuen, gesunden Arbeitszeiten, mit weniger Arbeitsdruck, mit einem klimafitten Arbeitsrecht. Wir müssen dringend aus alten Mustern raus, mit echter Frauenpolitik und einem Gleichstellungspaket für Frauen. Unser Land braucht ein Standortpaket für ein besseres Morgen – die Arbeiterkammer liefert mit dem sozial-ökologischen Umbauplan die Anleitung. Unser Sozialstaat nutzt allen und alle nutzen ihn, er muss langfristig abgesichert werden, mit solider Finanzierung. Daher sind Reichensteuern unumgänglich, das ist eine Frage der Gerechtigkeit.

Oberstes Ziel jeder Bundesregierung muss es sein, dass alle Menschen in unserem Land ein gutes Leben in einer intakten Umwelt haben, und dass sie sich ihr Leben leisten können. Die Arbeiterkammer hat dafür gute Lösungen auf Basis zahlreicher Studien und der Erfahrungen unserer Mitglieder erarbeitet. Aus einer Befragung (foresight/April 2024) wissen wir, dass rund 80 Prozent der AK-Mitglieder finden, dass die Bundesregierung mehr auf die AK hören sollte. Wir sind die Stimme der vier Millionen, für sie haben wir zentrale Forderungen an die künftige Bundesregierung formuliert.

Pro-Tipp: Reden Sie mit uns, wir wissen, wie's geht.

Die Forderungen im Detail
finden sich hier:



Arbeitende Menschen verdienen mehr

DIE PROBLEME

Steigender Arbeitsdruck, überlange Arbeitszeiten, unbezahlte Überstunden, krank in die Arbeit, Burn-out, prekäre Arbeitsverhältnisse und Flucht aus dem Arbeitsrecht in vielen Bereichen, etwa in der Kunst- und Kulturszene – das ist Alltag. 9 von 10 Beschäftigten sind schon krank in die Arbeit gegangen, 60 Prozent arbeiten immer oder oft unter Zeitdruck.

Wem nutzt das? Nur den Unternehmen. Wir stecken seit 50 Jahren in einer gesetzlichen Arbeitszeit von 40 Stunden fest, die Produktivität hat sich seither aber verdoppelt. Wem schadet das? Den Beschäftigten und der gesamten Bevölkerung aufgrund der hohen Folgekosten, v.a. im Gesundheitssystem.

Es geht auch anders: Innovative Unternehmen haben schon erfolgreich kürzere Arbeitszeiten eingeführt. Andere Länder, z.B. Dänemark, Finnland, haben deutlich niedrigere Arbeitszeiten und ermöglichen älteren Menschen, gesund bis zur Pension zu arbeiten.

DIE LÖSUNGEN

- › neue, gesunde Vollzeit, planbare Arbeitszeiten
- › All-in Verträge verbieten
- › mehr Mitbestimmung durch Betriebsräte in einer zunehmend digitalisierten Arbeitswelt
- › Berufskrankheitenliste erweitern
- › mehr Arbeitsinspektor:innen und wirksame Strafen bei Verstößen

Wirtschaft gestalten

DIE PROBLEME

Unternehmen rufen nach Fachkräften, bilden aber selbst kaum welche aus. Bei der Weiterbildung in den Betrieben gibt es viel Luft nach oben, Gleiches gilt für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer:innen. Immer wieder missbrauchen Betriebe das AMS zum Zwischenparken ihrer Mitarbeiter:innen, auf Kosten der Allgemeinheit. Investitionen in Klimaschutzmaßnahmen erfolgen viel zu zögerlich. So wird die heimische Wirtschaft keinen Erfolg haben.

Eine gute wirtschaftliche und soziale Entwicklung hängt zentral an der Arbeit – mehr gute Jobs, gute Ausbildungen, weniger Arbeitslose, das bringt den Menschen, den Betrieben und der öffentlichen Hand etwas.

DIE LÖSUNGEN

- › Recht auf Weiterbildung mit Qualifizierungsgeld und Jobgarantie für ältere Kolleg:innen
- › ausreichend Geld und Personal für das AMS
- › umfassende Fachkräftestrategie, die das Potenzial aller bei uns lebenden Menschen nutzt

Sozial und ökologisch umbauen

DIE PROBLEME

Hitze, Dürre, Starkregen, Überschwemmungen – der Klimakrise muss jetzt gegengesteuert werden, und zwar nicht auf dem Rücken der arbeitenden Menschen. Wir brauchen einen Plan für einen sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft, mit Gebäudesanierungen, Befreiung der Industrie und Landwirtschaft von fossiler Energie, Ausbau der Öffis und mit genereller Umrüstung auf erneuerbare Energie. Unverzichtbar sind dafür die entsprechenden Qualifizierungen für die Arbeitnehmer:innen.

Die Menschen müssen auch künftig kostengünstig und bequem mobil sein können, die Bahn ist dabei das Rückgrat der Verkehrswende und muss daher in öffentlicher Hand bleiben. Das gilt auch für Energie – die ist keine Ware wie jede andere, wie die Energiekrise gezeigt hat. Die Klimaziele zu erreichen, das ist harte Arbeit – die die Bundesregierung bisher bestenfalls halbherzig angegangen ist.

DIE LÖSUNGEN

- › Schaffung eines Klima-Investitionsfonds
- › klimafittes Arbeitsrecht
- › Öffis und Bahn stärken und ausbauen
- › Recht auf klimafittes Wohnen
- › gerechte, klimafreundliche Pendler:innen-Förderung

Sozialstaat sichern, Steuersystem gerecht machen

DIE PROBLEME

Der österreichische Sozialstaat ist an sich gut ausgebaut, gerade in Krisen beweist er das immer wieder. Aber er hat Lücken: Immer noch gibt es 376.000 armutsgefährdete Kinder und Jugendliche (2023), nicht alle Menschen haben gleichen Zugang zu guter Gesundheitsversorgung, Arbeitslosengeld und Notstandshilfe reichen längst nicht mehr aus, um die monatlichen Rechnungen zu bezahlen, leistbare professionelle Pflege für Angehörige zu bekommen, wird immer schwieriger, viele Frauen sind von Altersarmut betroffen. Das müsste alles nicht sein, und es wäre noch mehr drin, um allen ein gutes Leben zu ermöglichen – wenn die Finanzierung des Sozialstaates gerechter wäre.

Der Sozialstaat nutzt allen, und alle nutzen ihn – denn auch der Müll der Reichen wird von der öffentlich finanzierten Müllabfuhr abgeholt. Die Vermögen der Superreichen leisten aber nur zwei Prozent zur Finanzierung des Staates, Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen stemmen gemeinsam über 80 Prozent.

DIE LÖSUNGEN

- › Sozialleistungen auf existenzsicherndes Niveau anheben (Arbeitslosengeld, Mindestpensionen, Sozialhilfe)
- › Armut, insbesondere Kinderarmut, beseitigen
- › Einführung von Millionärssteuer, Erbschafts- und Schenkungssteuer (mit hohen Freibeträgen)
- › Schließen der Steuerschlupflöcher für Konzerne und Rücknahme der Senkung der Körperschaftssteuer
- › Lohn- und Sozialdumping wirksam bekämpfen, u.a. mit mehr Personal in der Finanzpolizei

Gesund und gut gepflegt

DIE PROBLEME

Lange Wartezeiten auf Termine bei Fachärzt:innen, eingeschränkte Leistungen, überlastete Spitäler, ausgebrannte Mitarbeiter:innen in den Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen – das Gesundheits- und Pflegesystem steht an der Kippe. Wer es sich leisten kann, weicht zu privaten Anbietern aus. Ein Hauptgrund: Die Bundesregierung hat die österreichische Gesundheitskasse ausgehungert, Geld fehlt an allen Ecken und Enden – zum Leidwesen der Patient:innen, des Personals, der pflegenden Angehörigen. Hinzu kommt: Bei der Prävention hat unser Land großen Aufholbedarf.

Gesundheit und Pflege sind wichtige Aufgaben der Daseinsvorsorge, sie müssen in öffentlicher Hand bleiben. Für ausreichend Personal mit guten Arbeitsbedingungen sind eine Ausbildungsoffensive und Arbeitszeitverkürzung dringend nötig. Gesundheits- und Sozialberufe müssen einen viel höheren Stellenwert bekommen – die Kolleg:innen leisten wichtige gesellschaftliche Arbeit.

DIE LÖSUNGEN

- Ausbau des professionellen Pflegeangebots der niedergelassenen Gesundheitsversorgung unter Einbeziehung aller Gesundheitsberufe
- bessere Ausbildungen und mehr Kompetenzen für Gesundheits- und Sozialberufe
- bessere Arbeitsbedingungen für Gesundheits- und Pflegekräfte, mehr Personal, planbare Arbeitszeiten
- Erarbeitung eines Präventionskonzeptes, damit Menschen erst gar nicht krank oder pflegebedürftig werden

Frauen brauchen echte Frauenpolitik

DIE PROBLEME

Wer behauptet, Frauen und Männern in unserem Land stehen die gleichen Türen offen, glaubt wohl auch an den Klapperstorch. Lassen wir Fakten sprechen: Der Equal Pay Day fiel 2023 österreichweit auf den 31. Oktober, der Equal Pension Day fiel 2024 auf den 6. August.

Die Geheimnistuerei bei den Einkommen sorgt dafür, dass Frauen keine gute Verhandlungsposition haben. Viele gut qualifizierte Frauen stecken in Teilzeit fest, weil entweder ganztägige Kinderbetreuungseinrichtungen fehlen oder weil Betriebe sie damit sehr gut als Manövriermasse benutzen können, wie sie es gerade brauchen. Beim Kinderbetreuungsgeld gibt es zahlreiche Hürden, die Eltern, vor allem Frauen, das Leben schwer machen. Migrantinnen werden auf ihrem Weg in die Arbeitswelt, zu gerechten Einkommen und damit zu finanzieller Eigenständigkeit allein gelassen.

DIE LÖSUNGEN

- › Lohntransparenz-Richtlinie der EU zügigst umsetzen
- › mehr Investitionen in Kindergärten (plus 1 Mrd. Euro pro Jahr) und mehr Ganztagschulen
- › Rechtsanspruch auf Kindergartenplatz ab 1. Geburtstag, kostenloses 2. Kindergartenjahr
- › Stärkung von Migrantinnen und eigenständiges Aufenthaltsrecht für von Gewalt oder Menschenhandel bedrohten Frauen
- › Hürden beim Kinderbetreuungsgeld beseitigen

Modernisierungsschub im Bildungssystem

DIE PROBLEME

Hat jedes Kind in Österreich die gleichen Chancen? Nein. Bildung hängt von den finanziellen Möglichkeiten der Eltern und deren Bildungsgrad, vom Vornamen und vom Wohnort des Kindes ab. Bildungs- und damit Berufschancen hängen immer öfter davon ab, ob sich Eltern teure private Nachhilfe leisten können.

Kindergärten werden immer noch nicht als erste, wichtigste Bildungseinrichtung angesehen, ebenso wenig die Bedeutung von Ganztagschulen für den Schulerfolg der Kinder. Auch später im Leben hakt es im Bildungswesen: Betriebe wollen zwar Fachkräfte, bilden aber immer weniger Lehrlinge selbst aus und investieren wenig bis nicht in Aus- und Weiterbildung – das tun immer mehr Arbeitnehmer:innen selbst, um eigene Geld in ihrer Freizeit. Wer einen attraktiven Wirtschaftsstandort will, sollte all diese Mängel rasch beheben – mit veralteten Ideen wie längeren Arbeitszeiten, weiteren Kürzungen bei den Lohnnebenkosten oder späterem Pensionsantritt wird das nämlich nicht gelingen.

DIE LÖSUNGEN

- › kostenloses 2. Kindergartenjahr und mehr Ganztagschulen
- › Schulfinanzierung nach AK Chancenindex – mehr Mittel für Schulen, deren Schüler:innen mehr Förderung brauchen
- › Berufsorientierung als eigener Gegenstand in allen Schulformen
- › 1 Prozent vom Unterrichtsbudget für die Erwachsenenbildung
- › Einrichtung von Kompetenzzentren in der Lehre
- › Ausbau der Fachhochschulen

Wohnen ist ein Grundrecht

DIE PROBLEME

Im Juli 2023 gab es die vierte Erhöhung der Richtwertmieten in nur 15 Monaten. 40 Prozent des Einkommens – so viel müssen immer mehr Familien Miete zahlen, wenn sie nicht in Gemeinde- oder Genossenschaftswohnungen leben. Zwei von drei neuen Mietverträgen sind befristet.

Die Mietpreisbremse der Bundesregierung ist wirkungslos und hilft niemandem. Das Mietrecht ist intransparent. Mit Wohnbau werden gute Geschäfte gemacht, anstatt das Grundrecht auf Wohnraum zu erfüllen. Es werden zwar viele Wohnungen gebaut – aber die falschen: als Anlageobjekte. Wohnen wird immer mehr zum Luxus, den sich immer weniger leisten können.

DIE LÖSUNGEN

- › eine echte, wirksame Mietpreisbremse
- › mehr geförderter Wohnbau
- › Aus für Befristungen im Mietvertrag
- › modernes, transparentes Mietrecht
- › Maßnahmen gegen Grundstücksspekulationen

Demokratie aufwerten – Mitbestimmung stärken

DIE PROBLEME

Fast 1,5 Million Menschen im Wahlalter dürfen an der Nationalratswahl 2024 nicht teilnehmen. Sie leben mit uns, sind unsere Nachbar:innen, unsere Kolleg:innen, arbeiten, bezahlen Steuern und Abgaben, engagieren sich in Vereinen. Sie sind von allen Entscheidungen auf politischen Ebenen genauso betroffen wie wir. Aber: Sie haben andere als die österreichische Staatsbürgerschaft.

Dass sie nicht wählen dürfen, ist eines von mehreren Hindernissen für gelungene Integration. Ein weiterer Hebel wäre eine zu ihrer Ausbildung passende Beschäftigung. Das Integrationsjahr war dafür ein sehr gutes Instrument, in den vergangenen Jahren allerdings unterfinanziert und daher nutzlos. Es ist auch sinnlos, Asylwerber:innen während des Asylverfahrens monate- manchmal jahrelang den Zugang zum Arbeitsmarkt zu verwehren. Denn hat da nicht jemand „Fachkräftemangel“ gerufen?

DIE LÖSUNGEN

- › neues, zeitgemäßes Modell der Arbeitsmigration
- › Integrationsjahr wieder beleben, Budget sicherstellen
- › Zugang zum Arbeitsmarkt für Asylwerber:innen, wenn das Asylverfahren nach einem Jahr nicht abgeschlossen ist
- › Kosten und Fristen für den Erwerb der Staatsbürgerschaft senken

Ein gutes
Leben für alle.

Wir arbeiten am
Sozialstaat von morgen.

[AKWIEN.AT/SOMUSSOZIALSTAAT](https://akwien.at/somussozialstaat)



IM EINSATZ FÜR DIE GERECHTIGKEIT

Die Leistungen der AK 2023



645.000.000

Euro für unsere Mitglieder erreicht

In den Bereichen: Arbeitsrecht, Konsumentenschutz, Steuerrecht, Insolvenzen, Sozialversicherung und Pensionen, Bildungsförderung u. v. m.



4.653.000

Versand und Download von Ratgebern

#1 Steuer Sparen
#2 Kinderbetreuungsgeld
#3 Arbeitsverhältnisse beenden



3.991.000

Mitglieder in ganz Österreich



1.100

Stellungnahmen und Begutachtungen zu Gesetzen und Verordnungen



2.290.000

Beratungen haben wir durchgeführt

383.000 persönlich
1.636.000 telefonisch
271.000 E-Mail/Brief



171.000

mal haben wir Mitglieder gerichtlich und außergerichtlich vertreten



17.284.000

Aufrufe unserer Online-Rechner

#1 Brutto-Netto-Rechner
#2 Pensionsrechner
#3 Mein Lohnzettel



4.180.000

Euro an Bildungsgutscheinen ausbezahlt – an 51.000 Mitglieder



2.232.000

Medien aus den AK Bibliotheken ausgeliehen



WWW.ARBEITERKAMMER.AT



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN

A portrait of Renate Anderl, a woman with dark hair, wearing a red blazer over a black top. She is looking directly at the camera with a slight smile. Her hands are clasped in front of her. The background is a light-colored wall with some blurred text. A large red graphic element is on the left side of the image, containing the quote and her name.

”

**Der beste Sozialstaat
der Welt für alle, die hier
leben. Das muss keine
Utopie bleiben.
Wir wissen, wie das geht.**

Renate Anderl

AK Präsidentin

Gerechtigkeit muss sein.

Am 29. September 2024 werben Parteien und Listen um die Stimmen möglichst vieler Wähler:innen. Sie wollen mit ihren Programmen unter Beweis stellen, dass sie für die Vielen, deren Stimmen sie haben wollen, arbeiten werden. Ist das so?

Die Arbeiterkammer ist überparteilich, wir schauen ganz genau drauf, wer sich für die vier Millionen Arbeitnehmer:innen im Land stark macht. Wir hören genau zu, wenn es heißt, um die Kosten der vergangenen Krisen zu stemmen, wird es Sparpakete geben müssen. Wir spitzen auch die Ohren, wenn Entlastungen durch weitere Kürzungen der Lohnnebenkosten versprochen werden – die sich die Arbeitnehmer:innen am Ende aber selbst bezahlen werden. Und wir haben unsere Kinder und deren Kinder im Blick, wenn behauptet wird, Klimaschutzmaßnahmen belasten die Betriebe zu sehr.

Österreich ist ein schönes Land. Die Arbeitnehmer:innen sind fleißig, unsere Produkte und Dienstleistungen hoch im Kurs, unsere Sozialsysteme Vorbild für andere Länder. Unser kleines Land könnte noch viel schöner, noch viel gerechter sein, wenn die nächste Bundesregierung ihre Arbeit ordentlich macht: für die vielen Menschen im Land das Beste tun – denn das ist Aufgabe jeder Regierung. Die aktuelle Regierung hat das bei Weitem nicht erfüllt.

Wir haben gute Lösungen im Interesse der vielen Menschen in unserem Land. Denn Gerechtigkeit muss sein.



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN